



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/8

Hannover, 19. Januar 1949

## Sehnsucht und Ehrgeiz

P.R. Durch das Land reisen wieder einmal allenthalben Propheten einer schöneren Zukunft, die sich die Sehnsucht nach Ordnung, Gerechtigkeit, Frieden und Wohlstand zunutze machen. Diese Sehnsucht trägt bei vielen nicht die Umriss einer klaren politischen Vorstellung, sie ist dunkel, unbestimmt und bisweilen gefährlich eruptiv.

Viele Menschen schwärmen für neue politische Formen neuer politischer Inhalte. Eines ihrer Ideale ist der Weltbürger Nummer 1. So sollten nach ihrer Ansicht die Herren der Welt sein: jung, strahlend, durch keine Erfahrung und Skepsis gehemmt, fern aller Bürokratie. (Auch Viktor de Kowa ist dabei.) Hier scheint endlich einmal diese verheißene Politik, mit der offenbar niemand fertig zu werden versteht, in die Hände der Richtigen gekommen zu sein. Ein bisschen vage Hoffnung, ein bisschen Gaudi, sehr viel Schadenfreude gegenüber den Professionals - das ist eine Mischung, die zieht.

Dann gibt es die deutschen Erneuerer. Sie sind vom alten Wohlachaturf der Nazis, "Deutschland erwache!", nicht weit entfernt, auch nicht vom "Genese-Typ", wie ein witziger Mann diese Leute charakterisierte, die verkündeten "Am deutschen Wesen soll die Welt genesen." - Niemand wird ernsthaft George Davis und Otto Strasser in Parallele zueinander setzen wollen, den jungen, originellen Amerikaner mit Schwung und einer ansprechenden Idee und den ausgekochten Routinier und Konspirator mit der Spekulation auf den Namen seines von Hitler ermordeten Bruders. Im Grunde gibt es keine grösseren Gegensätze. Aber auch sie beide eint, ob sie es wollen oder nicht, dies: sie dienen einer dunklen, unbestimmten Sehnsucht von Menschen, die ohne den Irrtum nicht auskommen, die Politik sei ein romantisches Abenteuer. Sie dienen ihr selbstlos oder aus Geltungstrieb, aber sie dienen ihr.

In der Reihe der Trostbringer für politisch Heimatlose und Unbemittelte gehört auch vor allem jene neue Union, die schlechthin deutsche, die nun in Braunschweig gegründet werden soll. Sie rangiert auf einer etwas höheren Ebene und gibt sich sehr ernsthaft. Sie hat der Reihe nach ein gutes Dutzend namhafter Politiker für sich rekrutiert, die ihr bisher sämtlich, mit einer Ausnahme, die kalte Schulter zeigten. Sie seien, so sagen die deutschen Unionisten von sich selbst, die Vertreter der jungen Gene-

ration. Sie seien gegen die Parteien und deshalb selbst keine Partei. Sie seien gegen die Besatzungsmächte, mit denen sie ganz anders umspringen würden, als die alten verroteten Parteien - wenn sie "dran" wären. Aber sie sind, zu ihrem eigenen und unserem Entzweien, einstweilen noch nicht "dran". Sie haben ein Programm entwickelt, das von überall sich etwas nimmt, nach dem bekannten Wort "Wer vieles bringt, wird jedem etwas bringen", den aber eines fehlt, ein Profil.

Ganz verschiedenartige Kräfte sind in Bewegung geraten. Ihre Grundsubstanz ist die unbestimmte Sehnsucht vieler, ihr Motor der Ehrgeiz weniger, unter denen sich sicher Menschen von ehrlichen Willen befinden. Aber wir glauben, dass die bestehenden politischen Organisationen den wirklichen Bedarf schon übersteigen. Wenn sie als unzureichend empfunden werden, soll man ihnen einen neuen Inhalt geben. Die Klage, man könne dort, etwa in den Parteien, nicht zum Zuge, ist eine Selbstanklage. Denn die Fähigkeit, sich durchzusetzen, gehört nun einmal zu guter politischer Arbeit. Es ist aber ein falscher Weg, die Zersplitterung des politischen Lebens in Deutschland zu bejammern, ihr gleichzeitig aber dadurch abhelfen zu wollen, dass man irgendeinen neuen Laden aufmacht. (m/1/191/1/he)

#### Die Themen in Iserlohn

sp. Der kommenden gemeinsamen Sitzung der obersten Gremien (außer dem Parteitag) der SPD, des Parteivorstandes und des Parteiaussschusses, sieht man in politischen Kreisen auch ausserhalb der Partei mit besonderem Interesse entgegen. Die Beratungen werden am Freitagvormittag um zehn Uhr in Iserlohn mit der PV-Sitzung beginnen und am Sonntag mit einer gemeinsamen Schlußsitzung enden.

Da das Bonner Grundgesetz entgegen der ursprünglichen Annahme noch nicht als geschlossener Entwurf vorliegt, dürfte im Mittelpunkt des allgemeinen politischen Referat des zweiten Vorsitzenden der Partei, Erich Ollenauer, stehen. Es wird vor allem auf das Ruhrstatut, das Militärische Sicherheitsamt, das zu erwartende Besatzungstatut und die Rückwirkungen eingehen, die diese alliierten Grundgesetze für Deutschland auf die Arbeitsmöglichkeiten einer kommenden westdeutschen Regierung haben werden. Das Referat wird sich, wie wir hören, dann vor allem auch mit den Hauptfordernissen befassen, die sich für die SPD daraus ergeben, dass im späten Frühjahr mit allgemeinen Wahlen für ein westdeutsches Bundesparlament zu rechnen ist.

Drei Aufgaben stehen dabei im Vordergrund: Zunächst die nationalpolitische, die sich um die Forderung bewegt, dass, so wenig wie eine russische, so wenig auch eine amerikanische, englische oder französische Politik für deutsche Politiker bestimmend sein darf. Dabei ist es nach sozialdemokratischer Tradition selbstverständlich, dass Gesichtspunkte eines allgemeinen und speziell europäischen Interesses weitestgehend berücksichtigt werden müssen. Dann stellt sich die wirtschaftspolitische Aufgabe mit dem Tenor, dass die Sozialisierung in Deutschland eine Forderung des deutschen und auch gesamt europäischen Interesses schlechthin ist, und schliesslich wird die unerlässliche Notwendigkeit einer maximalen sozialen Gerechtigkeit betont werden, die ihre praktische Auswirkung vor allem in einem wirklich effektiven und grundlegenden Lastenausgleich finden muss. (m/1/191/1/he)

### Österreich hofft wieder

---

-s, Wien, Mitte Januar

Am 7. Februar beginnen in London neue Verhandlungen zwischen den Grossmächten über den Staatsvertrag für Österreich; die Initiative zu diesen neuen (den siebenten) Verhandlungen ist von Österreich ausgegangen. Die Grossmächte haben ja gesagt, auch Moskau. Zuletzt hatte freilich

1. Sowjetrussland noch die Forderung Titos nach Südkärnten unterstützt (hier dürfte sich Moskaus in aller Kominkörmlichkeit geändert haben),
2. hatte Sowjetrussland für die Ablöse des "deutschen Eigentums" (der heute von der Sowjetmacht verwalteten vielen Betriebe in der Ostzone Österreichs, wo man deutschen Kapitaleinfluss annimmt) mehr verlangt, als die Westmächte Österreich zumüssen wollten,
3. war man über den Streit über das Grundsätzliche in das Konkrete der meisten Fragen gar nicht vorgeedrungen.

Der "kleine Mann" in Österreich ist natürlich überzeugt, dass nicht sein Wunsch, sondern die Beziehungen zwischen den Grossmächten den Vertrag entscheiden. Vielleicht will Moskau einmal eine Geste machen? Denn ist es nicht einerlei, ob die Rote Armee an der Bunsbrücke bei Linz steht oder nicht weit davon entfernt an der ungarischen Grenze? Und kann nicht ein unbesetztes Österreich leichter "volksdemokratisiert" werden als ein von den vier Mächten besetztes? Also Staatsvertrag mit Hintergedanken (wie Abzug von Sowjettruppen aus Korea, oder vielleicht einmal aus Ostdeutschland?)

Dies sind natürlich keine Geheimerwägungen; dennoch hat die österreichische Regierung den Staatsvertrag wieder gefordert. Man fürchtet keine volksdemokratische Entwicklung nach Prager Muster. Die Kommunisten haben bei den Wahlen 1945 fünf Prozent Wählerstimmen geholt, sie werden, so sagt man, 1949 bei Neuwahlen eher weniger haben. So fürchtet man die Forderung nach wirklicher Freiheit nicht; man will "die vier Elefanten aus dem Ruderboot" wegweisen (das Bild, das so anschaulich das Verhältnis zwischen den vier grossen Besatzungsmächten und dem kleinen Land Österreich zeigt, stammt von Bundespräsident Renner).

Ob es nun wirklich zum Vertrag kommen wird, oder ob man nach zwei Monaten wieder die Verhandlungen vertagen wird, ist heute schwer zu sagen. Vorwände, wenn ein Partner (Moskau) nicht will, sind leicht und vielgestaltig zu finden. Objektiv wichtig erscheint nur, dass keine Bedingungen geschaffen werden, die ein späteres Eingreifen in die österreichische Souveränität begründen können; also keine verbleibenden Rechte der Sowjets an Betrieben

in Österreich, am Erdöl in Zistersdorf, keine Garantien, auf Grund derer man später intervenieren könnte; mit einem Wort: keine trojanischen Pferde.

Doch angenommen, die Verhandlungen brächten eine Einigung - wann ziehen die Besatzungsmächte wirklich ab? Sie kosten ja auch Geld; nur die USA haben darauf verzichtet, ("paying guests" - zahlende Gäste, nannte sie dafür der Bundeskanzler.) Nun, die jetzt angekündigten Verhandlungen sind nicht mehr als eine Vorkonferenz; dann müsste der Vertrag ausgearbeitet werden, dann vierfach ratifiziert - und dann ist noch eine Frist von neunzig Tagen bis zum Abzug der Besatzungen vorgesehen.

Die Unfreiheit, das haben wir so oft erlebt, kann von heute auf morgen kommen; der Weg zur Freiheit ist hart und lang, und die Sehnsucht der Menschen verkürzt ihn nicht. Wo leben wir, dass die Freiheit eines kleinen Landes nur als Abfallprodukt einer geänderten Machtkonstellation zwischen den grossen Ländern erwartet werden kann?

#### Aus dem Paradies der Arbeiter

sp. Wer die SED-Presse liest, muss glauben, dass für den Arbeiter in der Sowjetzone alles getan wird, was möglich ist. Wir wissen längst, dass die Wirklichkeit anders aussieht. Aber man kann sich nicht mit der allgemeinen Feststellung begnügen, deshalb seien einige praktische Beispiele zum Beweise angeführt:

Eine Thüringer SED-Zeitung führt ernste Klage darüber, dass nach dem Wegfall verschiedener Züge auf der Strecke Greussen - Erfurt die Arbeiterzüge, die täglich viele Hunderte Arbeiter nach Erfurt bringen, so überfüllt sind, dass Arbeiter, wenn sie ihrer Arbeit nicht fernbleiben wollen, auf den Trittbrettern mitfahren müssen - und dies in der Winterkälte. Auf dieser einen Strecke allein sind in drei Tagen durch Zugverspätungen 1.750 Arbeitsstunden ausgefallen.

In einer sächsischen Autokühlerfabrik wird sehr über die ganz mangelhafte Belieferung mit Arbeitsschutzkleidung, z.B. Gummistiefeln, Holz- und Handschuhen geklagt.

Ein Werk des Maschinenbaus hatte durch Planungsfehler eine Produktionsauflage erhalten, die mehr als das Doppelte der Kapazität betrug. Sie wurde herabgesetzt; aber auch die neue Auflage ist grösser als die normale Kapazität. Was bleibt als Ausweg? Verschärfte Ausbeutung der Arbeiter! Und so heisst es denn über die jetzige Arbeitslage bei dem "volkseigenen" Betrieb: "Nun arbeiten sie seit

einiger Zeit morgens und abends eine Stunde länger, die Kontrollen schlugen sich schon manche Nacht um die Ohren, und auch sonntags wird emsig geschafft." Wie die (selbstverständlich spontan und freiwillig) so "emsig schaffenden" Arbeiter darüber denken, sagt der Bericht leider nicht. Arbeitszeitvorschriften? Achtstundentag? Das galt wohl nur für die kapitalistische Vergangenheit!

In der Bleihütte der "volkseigenen" Mansfeld-Betriebe in Hettstedt müssen vierhundert Arbeiter eine wegen der Gefahr von Bleierkrankungen gesundheitsschädigende Arbeit verrichten. Früher erhielten die Arbeiter pro Kopf und Tag einen Liter Milch, und der Krankenstand wurde dadurch bis auf 6% gesenkt. Im November 1947 aber wurde die Milchzuteilung eingestellt. Ergebnis: im August 1948 war die Zahl der Bleierkrankten bereits auf 55% gestiegen! Statt der 400 Mundschwämme, die zu Schutzzwecken gebraucht werden, erhielt das Werk nur 50. Weitere können nicht geliefert werden, weil sie "gegen Kompensation aus dem Westen bezogen" werden müssen. Ebenso fehlt es an Glühbirnen für die Nachtschicht.

Im Braunkohlenkombinat Deutzen - einer Sowjet AG. - arbeiten die dreihundert Arbeiter der Schwelerei ebenfalls unter besonders gesundheitsschädlichen Bedingungen. Sie sind durch das Fehlen von Ersatzteilen (wahrscheinlich solchen, die früher aus Westdeutschland bezogen wurden) in letzter Zeit noch wesentlich ungünstiger geworden. Trotzdem wurde den Arbeitern der tägliche Viertelliter Milch gestrichen, den sie zur Erhaltung ihrer Gesundheit dringend brauchen; das zusätzliche Betriebsmittagessen wurde ihnen im Februar 1948 entzogen. Infolgedessen steigt die Krankenziffer ständig, und die (für die gesamte Zone sehr wichtige!) Planerfüllung in der Erzeugung von Schwefelkohlenstoff ist in Frage gestellt.

#### Das Wettrennen um die besten Plätze

F.F. In Frankfurt nimmt man schmunzelnd zur Kenntnis, daß die christlich-demokratische Prominenz allmählich zu einem Wettrennen um die besten Plätze übergeht, die der künftige westdeutsche Bund zu vergeben haben wird. Von einer automatischen Übernahme aus dem Verwaltungsrat in eine Regierung kann angesichts der äußerst fragwürdigen bisherigen Leistungen keine Rede sein. Man muß sich also bestens empfehlen halten. Manche wissen, daß es das klügste sein wird, mit der Pension zufrieden zu sein, bis das Gras länger geworden ist. Unter diesen Umständen kann Dr. Otto Schniewind gar nicht so sicher sein, daß er tatsächlich wird, wozu ihn der Verwaltungsrat gemacht hat, nämlich Vorsitzender des Vorstandes der zu gründenden Wiederaufbaubank. Bislang war er wohl gelitten. Das ist verständlich, denn er tat etwas sehr seltenes: er übernahm das ERP-Büro beim Verwaltungsrat und verzichtete auf jegliche Bezahlung. Als ein Mann, dem es auf tausend Mark mehr oder weniger nicht an-

kommt, war er wohl gelitten. Und so weit geht das verwaltungsmäßige Interesse des Verwaltungsrats nicht, daß er einmal darüber nachgedacht hätte, ob Dr. Otto Schniewind nicht stichhaltige Gründe haben könnte, keine Bindung einzugehen. Schließlich ist es ja in der Verwaltung für Wirtschaft jahrelang üblich gewesen, daß qualifizierte Männer der Wirtschaft dort in hohen Positionen tätig waren und für die aufopferungsvolle Verwaltungsarbeit von der Wirtschaft bezahlt wurden.

Was die sachliche Arbeit betrifft, so haben selbst die intimsten Freunde Dr. Schniewinds keinen Grund zur Klage. Er ist ein qualifizierter Bankfachmann, was er beim Erwerb seiner Münchener Bank bewies, eines früheren jüdischen Unternehmens, an dessen Arisierung Dr. Schniewind maßgeblich beteiligt war. Seine christlich-demokratischen Freunde erinnern sich ferner, daß er auch bei der sogenannten Entjudung der Berliner Börse eine gewisse Rolle gespielt habe. Und schließlich flüstert man heute von gewissen finanziellen Transaktionen, die Dr. Schniewind in der Zeit der deutschen Besetzung Frankreichs mit Laval einleitete, was bei einem Fachmann von seinem Rang nicht verwunderlich ist. Und so rieten ihm denn seine Freunde: laß dich doch politisch überprüfen, wie es jeder Beamte macht. Ein ziemlich schmerzloses Verfahren. Dann hört endlich dies dumme Gerede auf. Das aber will Dr. Otto Schniewind auf keinen Fall. Lieber verzichtet er auf den schönen Direktorenposten, denn es gäbe gar keinen Prüfungsausschuß, der für den Direktor der Wiederaufbaubank zuständig wäre. Die guten Freunde tun ein letztes und fragen bei der Militärregierung an, die prompt erklärt, die Bestätigung werde nicht eher gegeben, als bis das Gutachten des politischen Prüfungsausschusses für bizonale Beamte vorliege. Nun sind die Freunde dem erstrebten Ziel schon etwas näher: vielleicht verzichtet Dr. Otto Schniewind doch noch, damit das Vergangene vergangen bleibt.

Zu bedauern hätte er wenig, denn auf tausend Mark mehr oder weniger kommt es ihm nicht an, wie er sagt. Außerdem war das Ehrenamt beim Verwaltungsrat eine gute, eine fruchtbare Zeit. Was man dort für das ERP-Programm der Bizone tun konnte, hat sich gleichzeitig auch wohl für die Bank in München gelohnt.

#### Die Gebietsforderungen im Westen

sp. Mit verstärktem Akzent sind die Grenzforderungen der westdeutschen Nachbarn in den Vordergrund getreten. Die ursprünglicher holländischer Ansprüche sollen neuen Vernehmen nach jetzt erheblich mäßiger sein. Wie die holländischen, reichen auch die luxemburgischen und belgischen Gebietsforderungen in die erste Nachkriegszeit zurück. Sie gehen auf Kosten der Kreise Bitburg, Prüm und Trier. In Luxemburg sprach man von einem Streifen von 12 km Tiefe entlang der Grenze. Die jahrhundertlang auf ihrer Scholle sitzenden Bauern dieses Grenzstreifens schienen 1945 aus naheliegenden Gründen gar nicht so abgeneigt, die nach dem

Kriege wenig verlockend erscheinende deutsche Staatsangehörigkeit mit der luxemburgischen zu vertauschen. Die Luxemburger hatten schon frühzeitig erklärt, daß bei der Übernahme deutschen Gebietes eine Evakuierung der dort ansässigen Bevölkerung nicht beabsichtigt sei.

Weite Kreise Luxemburgs sind über die Angliederung deutscher Gebietsteile selbst geteilter Meinung, da man keinen sonderlichen Wert auf eine "unnatürliche" Bevölkerungszunahme legt und auch bei der heutigen kriegstechnischen Entwicklung einem Gebietsstreifen am anderen Ufer eines Grenzflusses keinen strategischen Wert mehr beimißt. Interessant ist dabei die luxemburgische Feststellung, daß die Hauptpropagandisten für die Gebietsforderungen in den Reihen der christlich-sozialen Volkspartei zu finden seien, die sich von den streng katholischen Bauern dieses Gebietsstreifens ein Gegengewicht gegen die Sozialdemokratie erhoffen.

Die belgischen Aspirationen auf deutsche Gebietsteile der französischen Zone richteten sich auf den Grenzkreis Prüm mit seinen 91 885 ha und rund 36 000 Einwohnern, der ohne Industrie mit seiner kleinförmigen Struktur schon vor dem Kriege zu den ärmsten Kreisen Deutschlands gehörte. Ende 1944 war der Kreis in den Strudel der Rundstedt-Offensive gerissen und wochenlangem Artilleriefeuer und Tieffliegerangriffen ausgesetzt worden. Dabei wurden die Dörfer durchweg zu 50 Prozent und mehr zerstört. Prüm ist heute, drei Jahre nach dem Krieg, auch noch Notkreis. Die Straßen sind schlecht, die Bahn liegt auf einzelnen Strecken noch still. Die Bevölkerung fühlte sich von der Regierung des Landes Rheinland-Pfalz zurückgesetzt. Das gab belgischen Kreisen den Anlaß, von Dorf zu Dorf zu ziehen und die Bevölkerung aufzufordern, von sich aus den Anschluß an Belgien zu verlangen, das infolge seines Wohlstandes in der Lage wäre, aller Not in kürzester Frist ein Ende zu bereiten. Die Verlockungen zogen aber nicht. Der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Altmeier, besuchte zwar den Kreis und versprach Hilfe. Doch die Bevölkerung hat kein rechtes Vertrauen zu dem finanzschwachen Kleinstaat. Sie richtet ihre Blicke deshalb mehr nach Norden, nach Nordrhein-Land-Westfalen, mit dem sie auch wirtschaftlich engere Verbindungen unterhält.

#### Spotten ihrer selbst.....

sp. Ein Aufsatz in der "Neuen Deutschen Presse - Monatsschrift des Verbandes der deutschen Presse im FDGB" (womit alles gesagt ist), setzt sich kritisch mit der amerikanischen Zeitschrift "Readers Digest" auseinander, dessen Millionenaufgabe Ärgernis erregt. Vielerlei wird ins Feld geführt, zuletzt Walter Lippmann, der in dieser Zeitschrift selbst vor Jahren einmal schrieb:

"No alle Leute dasselbe denken, denkt keiner von ihnen viel."

Die "Neue Deutsche Presse" bemerkt dazu mit eiserner Stirn: "Die Zeitschrift 'Readers Digest' ist eine Bibel für gleichförmiges Denken. Ihre Riesenaufgabe kennzeichnet den Zustand gleichförmigen Denkens auf einer nivellierten Ebene."